Nummer 19 · 36. Jahrgang

Nürnberg, 10. Mai 1922.

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Erscheint Mittwochs. — Redaktionsschluß: Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 10.— Mark durch die Post. (Bezug unter Kreuzband ist ausgeschlossen.)

Für den Inhalt verantwortlich: Otto Trefflich, Nürnberg. — Telephon 403. Versandstelle und Redaktion: Nürnberg 10, Bayreuther Straße 46. Zahlungen: Postscheckkonto 23989, Expedition „Schuhmacher-Fachblatt" Nürnberg.

Anzeigenpreis 4.— Mark die einspaltige Petitzeile. (Nichtberufliches ausgeschlossen). Stellenvermittlungsanzeigen: pro einspaltige Petitzeile 2 Mk.

Inhaltsverzeichnis: Die Lohnverhandlungen vom 1. Mai. — Endlose Teuerung. — Reichsindex und tatsächliche Teuerung. — Bezirkskonferenz Bezirk VII (Dresden). — Die deutschen Gewerkschaften. — Bezirkskonferenz vom Bezirk IV. — Tarif- und Schlichtungswesen. — Aus unserem Berufe. — Aus den Zahlstellen und Bezirken. — Verbandsnachrichten. — Versammlungs-Kalender. — Literarisches.

Die Lohnverhandlungen vom 1. Mai.

Die Lohnverhandlungen in Frankfurt standen diesmal unter dem Zeichen der allgemeinen Konflikttsstimmung, die an den Industrieplätzen wegen der Umrechnungsfrage der Akkordlöhne Platz gegriffen hat. Die Situation war wesentlich erschwert durch die Tatsache, daß eine Reihe von Fabrikanten der letzten Abmachung nicht nachgekommen sind, die besagt, daß die Akkordlöhne bis zum 1. Mai umgerechnet sein sollten. Bezeichnenderweise sind es meistens kleinere Fabriken, wo die Sache am einfachsten liegt, die noch nicht umgerechnet haben. Doch auch in den großen Fabriken wäre man verschiedentlich noch nicht soweit, wenn die Arbeiterschaft sich nicht gerührt und einen Druck dahinter gemacht hätte.

Die Umrechnung der Löhne hatte gewiß ihre Schwierigkeiten; solche waren aber jedesmal vorhanden und sind überwunden worden. Eine gewisse Lässigkeit einzelner Fabrikanten mußte deshalb natürlicherweise bis zu einem gewissen Grade den Unwillen der Arbeiterschaft erregen. Dieser Unwille hat dann noch eine Verschärfung erfahren durch die neue Teuerungswelle, die im April eintrat. Mit starkem Widerspruch ist es von den Arbeitern aufgenommen worden, wo Fabrikanten versucht haben, die Errechnung der neuen Akkordsätze auf die Basis der Minimallöhne abzustellen. Zweifellos war das nicht beabsichtigt und es mußte bei gutem Willen möglich sein, unter Berücksichtigung der Dinge an Ort und Stelle einen Umrechnungsmodus zu finden, der beide Teile befriedigte. Die Schwierigkeit, eine generelle Regelung zu treffen, erhellte schon daraus, daß die hierfür eingesetzte Kommission zu keinem Ergebnis gelangt war. Unter Berücksichtigung dieser Umstände hat es ein Teil der Fabrikanten vorgezogen, die bekannten Richtlinien nicht rein dogmatisch auf alle Fälle anzuwenden. Umsomehr hat es wieder anderwärts zu Reibungen geführt, daß mit Hartköpfigkeit buchstabenmäßig an diesen Richtlinien festgehalten worden ist.

So war denn diesmal für eine neue Lohnerhöhung der Boden alles andere als geebnet. Auf beiden Seiten waren Mißvergnügte vorhanden. Es gab Betriebe, die sich mit den Arbeitern auf einer mittleren Linie verständigt hatten, es gab solche, die den Arbeitern auf Grund der gestiegenen Teuerung schon etwas weiter entgegengekommen waren; schließlich aber gab es es auch noch eine ganze Reihe Fabriken, in denen die Arbeiterschaft auf die eigentlichen Erfolge der letzten Lohnerhöhung wegen der Verzögerung der Umrechnung noch vergeblich wartete.

Herr Kommerzienrat Wallerstein, der, wie bisher, mit der Leitung der Verhandlungen betraut wurde, brachte einleitend dem Wunsche Ausdruck, daß die Verhandlungen trotz erschwerender Umstände zu einer Verständigung führen möchten. In den Erklärungen der Fabrikanten zu den Forderungen, die vom Syndikus des Schuhfabrikantenverbandes, Herrn Rechtsanwalt Dr. Blasse, vorgetragen wurden, wurden gegen die Arbeiterschaft die heftigsten Vorwürfe erhoben. Die Forderungen auf 40 Prozent Zulage hätten wegen ihrer Höhe bei allen beteiligten Arbeitgeberverbänden den stärksten Unwillen erregt. Die zahlreichen, überall aufflackernden Streiks seien als schwerster Tarifbruch anzusehen, nachdem man soeben sich noch bei zentraler Verhandlung Vertragstreue zugesichert hatte. Niemand habe sich an die Richtlinien gebunden gefühlt, im Gegenteil, vielfach hätten die Arbeiter Forderungen erhoben und wohl auch bewilligt erhalten, die über das zentral Vereinbarte wesentlich hinausgingen. Das Schlimmste sei, daß dies mit positiver Unterstützung örtlicher Gewerkschaftsführer geschehen sei. Das sei eine starke Belastung für den Reichstarifvertrag überhaupt. Man habe den Eindruck, als sei den zentralen Leitungen über die Arbeiter die Macht entglitten. Es sei unmöglich, neben zentralen Bewilligungen nach kurzer Zeit immer wieder solche auf örtlicher und bezirklicher Basis zuzugestehen. Da solche Forderungen jetzt aber bereits wieder durchgedrückt worden seien, könne man in der zentralen Bewilligung unmöglich höher gehen als 10 Prozent. Dabei müßten noch folgende Bedingungen in den Vordergrund gestellt werden: 1. die Bezirks- und Ortsbeamten der Arbeiterverbände müßten sich verpflichten, keinerlei Forderungen, die über die zentralen Abmachungen hinausgehen, zu unterstützen, 2. Arbeiter dürften im Falle eines Streiks keine Unterstützung erhalten, sie müßten vielmehr aus der Organisation entfernt werden, 3. Gewerkschaftsbeamte, die gegen den Sinn dieser Bedingungen handeln, seien ihres Postens zu entheben und würden als Verhandlungsleiter niemals mehr anerkannt.

Kollege Simon trat diesen Ausführungen entgegen. Gewiß, es seien Dinge vorgekommen, die auch wir mißbilligen. An der Unruhe seien zum Teil aber auch Fabrikanten schuld, wie ein Zirkular Berliner Fabrikanten bewiese, nach welchem empfohlen war, im Lohn über 18 Mark nicht hinauszugehen. Man müsse bei dem Urteil über die Erregung auch berücksichtigen, in welcher Zeit wir leben. Die Bedingung zu eins wird anerkannt. Zu zwei ist zu bemerken, daß bei wilden Streiks bisher schon Streikunterstützung nicht gezahlt wurde. Die Bedingung der Mitgliederausschlüsse und Absetzung der Beamten könne aber nicht zugestanden werden, einmal weil dazu das Verfügungsrecht fehlt, andererseits würde sich die Fabrikantenseite derartige Bedingungen im umgekehrten Falle wohl auch nicht auferlegen lassen. Kollege Simon wies daraufhin an Hand von Material eingehend die Berechtigung der aufgestellten Forderungen nach und ersuchte die Fabrikanten dringend, in ihrem Angebot einen Schritt weiter zu gehen.

Herr Kommerzienrat Wallerstein erklärt sich mit den Erklärungen von Simon bezüglich der Bedingungen befriedigt, soweit sie akzeptiert würden, im übrigen müßten die Fabrikanten sich ein Vorgehen vorbehalten. Die Arbeiter müßten von ihrer Organisation so erzogen werden, daß sie Vereinbarungen nicht ohne weiteres über den Haufen werfen. Die darauffolgende Debatte ging auf verschiedene Einzelfälle ein, wobei festgestellt werden konnte, daß sich manches Vorkommnis weniger kraß abgespielt hatte, als es auf den ersten Blick erscheinen mochte, und daß auf beiden Seiten Fehler vorgekommen sind. Die Arbeitervertreter wiesen nach, daß noch eine ganze Reihe von Fabriken mit der Umrechnung im Rückstande sind; die neue Teuerung sei bei der Umrechnung nicht berücksichtigt worden, im Gegenteil, verschiedene Fabrikanten hätten geglaubt, bei der Umrechnung Geschäfte machen zu können, weil die Umrechnungsmethode nicht klipp und klar feststand. Die Fabrikantenvertreter suchten nach Möglichkeit, ihre Behauptung zu stützen, daß eine Reihe von Fabriken gezwungen worden wäre, neue Bewilligungen zu machen, um Streiks aus dem Wege zu gehen. Jetzt überall wieder eine prozentuale Zulage zu gewähren, hieße die loyalen Arbeitgeber, die neue Zugeständnisse gemacht hätten, hart bestrafen. Den Arbeitervertretern wurde anheimgestellt, in einer Sonderberatung einen neuen Vorschlag zu machen.

Der Vorschlag der Arbeitervertreter ging nun dahin, die Zulage zu staffeln, dergestalt, daß die Höchstverdiener eine etwas geringere Zulage (bestenfalls 20 Prozent), diejenigen, die aber nur bis 18 Mark pro Stunde verdienen, eine Stundenzulage von 35 Prozent erhalten sollten. Für die dazwischenliegenden Gruppen wurden Zulagen von 25 bzw. 30 Prozent verlangt. Dieser Vorschlag wurde seitens der Fabrikanten abgelehnt mit der Bemerkung, daß nach einem solchen System der Anreiz, in Akkord zu arbeiten, geschwächt würde. Nach längerer getrennter Beratung machten die Fabrikanten dann das Angebot, generell für alle Arbeiter eine Lohnzulage von 15 Prozent zugestehen zu wollen.

Die Arbeiter lehnten dieses Angebot als zu geringfügig ab. Durch längere Rede und Gegenrede, in welcher die Arbeiter den Fabrikanten klar zu machen suchten, daß der Vorschlag der Arbeiter es vermeiden würde, daß wir wieder in Situationen kommen, wie vor der jetztgehabten Umrechnung (nämlich, daß zwischen den Tariflöhnen und gewissen Effektivlöhnen eine zu große Spanne entsteht), war leider keine der Parteien von ihrem eingenommenen Standpunkt abzubringen. Die Arbeitervertreter erklärten sich nun bereit, auf eine generelle allgemeine Lohnerhöhung einzugehen zu wollen, erklärten aber mit Bestimmtheit, daß ein Angebot unter 25 Prozent nicht in Frage kommen könne.

Damit war der Gipfelpunkt der Verhandlungen erreicht. Nach langen getrennten Beratungen erklärten die Fabrikantenvertreter ihre Bereitschaft, in eine allgemeine Zulage auf die Wochenverdienste aller Schuhfabrikarbeiter in Höhe von zweieinhalb Prozent einwilligen zu wollen. Es wurde daran aber ausdrücklich die Bemerkung geknüpft, daß örtliche oder bezirkliche Abkommen, die von diesem Zusatzvertrage abweichen, für beide Parteien unzulässig und nichtig sein sollen. (Der Nachtrag zum Zusatzvertrag ist an einer anderen Stelle dieses Blattes abgedruckt.)

Mit dieser Vereinbarung ist es wiederum gelungen, in der Schuhindustrie den Arbeitsfrieden zu erhalten. Der aufmerksame Leser wird aus dem Bericht indessen merken, an welchem Punkte in Zukunft die Dinge hart auf hart gehen werden. Die Arbeitgeber haben kategorisch erklärt, daß sie nur noch die zentrale Lohnregelung anerkennen wollen (wobei natürlich die Bestimmung des § 10 Abs. c RTV. unangefochten bleibt), und daß besondere örtliche und bezirkliche Lohnabmachungen unzulässig sind.

Gegen diesen Standpunkt wird man prinzipiell nichts einwenden können. Der Sinn der Vertragsregelung ist, zu vermeiden, daß auf Kosten der Arbeitskraft Schmutzkonkurrenz getrieben wird. Aus diesem Grunde kann es nicht im Interesse der Arbeiter liegen, daß z. B. der Lohn in einem Betrieb anderen Betrieben gleicher Art um Pferdelängen vorauseilt. Ebensowenig entspricht es aber auch dem Grundsatz der Gerechtigkeit, daß die Löhne an gewissen Orten und in gewissen Betrieben zurückbleiben. In der Tat gibt es aber Betriebe, in denen die Löhne sich nicht viel über das Niveau der Minimallöhne erhoben haben; dort wäre aus Gründen der Billigkeit eine Besserung der Dinge am Platze, die sehr wohl im Rahmen der Tarifvertrages auf Grund der Bestimmungen des § 10 möglich ist.

Von seiten unserer Organisationsleitung ist die bindende Zusage gegeben worden, daß örtliche und bezirkliche Sonderforderungen nicht gestattet werden sollen. An diese Zusage hat sich die Kollegenschaft nun auch unter allen Umständen zu halten. Die scharfe Haltung der Fabrikanten gegen Ortsangestellte ulm. beweist, daß wir schärfsten Konflikten entgegengehen, wenn die Kollegen an den einzelnen Orten es nicht vorziehen, unbedingt Disziplin zu wahren. Vorkommende Differenzfälle müssen unbedingt tarifmäßig erledigt werden. Es bleibt der Weg offen, Differenzpunkte zuerst in Versammlungen einzeln zu erörtern. Wenn die Kollegenschaft durch solche Versammlungen in unbedingt geschlossenem Auftreten ihre Gründe vorzubringen vermag, so wird die Gegenseite dies zu Rate ziehen müssen. Für friedlich-schiedliche Erledigung der Angelegenheiten ist dann in erster Linie die Instanz der Betriebsvertretung zuständig. Kommt es zu keiner Verständigung, dann bietet sich ein weiterer Weg in der Anrufung der Bezirkstarifkommission.

Wir befinden uns mit der neueren Entwicklung der Dinge in einem neuen Stadium der Einbürgerung des Reichstarifvertrages. Dieselbe Entwicklung haben auch Verträge in anderen Berufen, die schon länger bestehen, durchmachen müssen. Wir nähern uns der Periode, in der jedermann, bis auf den letzten Arbeiter sich als Tarifmitglied fühlen und daher alles unterlassen muß, was einen Verstoß gegen die Tarifbedingungen bedeuten würde. Der Sinn der zentralen Lohnregelung ist, unter Berücksichtigung örtlicher und technischer Besonderheiten die Löhne so zu gestalten, daß sie den Bedürfnissen der Industrie und der Arbeiterschaft angepaßt sind. Es wird noch der Ausgleichung mancher Unebenheit bedürfen, bis wir dieses Ziel ganz erreicht haben. Es darf z. B. bei dieser Gelegenheit nicht verschwiegen werden, daß die örtlichen Lohnforderungen gewöhnlich entstanden, weil unsere Lohnerhöhungen zu spät kamen. Kaum nach erfolgter Lohnerhöhung zeigte oft der Teuerungsgrad bereits wieder ein anderes Gesicht. Auf diesem Gebiete wird deshalb nach einem Ausgleich gesucht werden müssen.

Im allgemeinen kann die Art, nach welcher die diesmalige Lohnzulage erfolgt, nicht als sehr glücklich bezeichnet werden. Es wäre unseres Erachtens besser gewesen, wenn die Fabrikanten sich auf die Form der Zulagen, wie sie die Arbeiter vorgeschlagen hatten, hätten einigen können. Durch die jetzigen prozentualen Zulagen werden wieder die Hochverdiener bevorzugt, und es müssen sich so für die künftige Zeit die gleichen Schwierigkeiten vorbereiten, die bei der letzten Umrechnung vorgelegen haben, nämlich, daß zwischen den Tariflöhnen und den Effektivlöhnen, die in Wirklichkeit erzielt werden, eine zu große Spanne entsteht. Wir stehen nicht an, zum Ausdruck zu bringen, daß nach unserer Auffassung die sogenannten Oberwühler, die sich körperlich laputt machen, der Arbeiterschaft keinen Dienst erweisen. Durch die prozentualen Zulagen, die den Spitzenverdienern wieder in besonderem Maße zugute kommen, werden die Spannungen zwischen den Orts- und Altersklassen, die bezüglich der Löhne als Norm festgesetzt sind, wesentlich verschoben.

Den Schluß der Verhandlungen bildete eine Erörterung über die Frage der Feier des 1. Mai. Gewisse Androhungen seitens einzelner Fabrikanten veranlaßten Kollegen Simon, die frühere Verständigung zwischen den Vertragsparteien in Erinnerung zu bringen, die besagt, das Feiern des 1. Mai solle nicht als Tarifbruch angesehen werden. Bekanntlich wurde dieser Standpunkt akzeptiert, weil die Arbeitsruhe von den Arbeitern als Disziplinsache angesehen wird. Es sei nun erforderlich, Klarheit darüber zu schaffen, ob eine Nachholung der am 1. Mai versäumten Arbeitszeit verlangt werden dürfe. Herr Kommerzienrat Wallerstein stellt zunächst fest, daß vom Verband der Schuh- und Schäftefabrikanten Anweisung ergangen sei, das alte Uebereinkommen über die Maifeierfrage zu respektieren. Bezüglich der Frage der Nachholung des Verlustes an Arbeitszeit durch die Feier des 1. Mai nimmt er unter Beipflichtung der Fabrikantenvertreter den Standpunkt ein, daß die Arbeitszeit nicht nachgeholt verlangt werden soll weder mit noch ohne Ueberstundenverzütung. Man solle es der einen Partei, die sich einen Feiertag nimmt, überlassen, diesen Tag für das eigene Geld zu feiern. In Konsequenz dessen solle man auch nicht die Hand dazu bieten, daß der Verdienstentgang nachgeholt werden könne.

Endlose Teuerung.

Die Teuerung nimmt mit Riesenschritten ihren Fortgang. Der 1. Mai wird wieder eine Revolutionierung aller Geld- und Preisverhältnisse bringen. Von den neuen Steuern wird u. a. die Zuckersteuer am 1. Mai in Kraft gesetzt; gleichzeitig wird der Zoll auf Auslandszucker erhöht. Insbesondere ist auch eine Erhöhung der Brotpreise angekündigt. Aber insbesondere die Erhöhung der Güter- und Tiertarife um 20 Prozent, die am 1. Mai erfolgte, wird die Kosten für alle Artikel der Lebenshaltung um ein Bedeutendes in die Höhe treiben. In Bayern ist demzufolge bereits auch wieder eine Erhöhung der Bierpreise durchgeführt worden. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse steigen tagtäglich.

Das jähe Ansteigen der Preiskurve im Monat März und Anfang April zeigte schon, wie richtig die Behauptung war, daß ein großer Teil der neuen Steuern, insbesondere die Kohlen- und Umsatzsteuer sowie die stark erhöhten Frachttarife sich in starken Preiserhöhungen mit nachfolgender neuer Inflation auswirken werden. Die neuen Kohlenpreise, die einmal durch die Kohlensteuer bedingt sind und dann durch das Bestreben, so nahe wie möglich an den Weltmarktpreis heranzukommen, bedeuten für einzelne Kohlensorten einen Preis von über tausend Mark pro Tonne, die Fettkohle kostet heute das 7- bis 9,5fache gegenüber dem Januar 1921 und das 60- bis 74fache gegenüber 1914. Man bedenke, was das für den Staat als Hauptabnehmer der Kohle bedeutet. Hand in Hand mit der Erhöhung der Kohlenpreise die Eisen- und Kalipreise in die Höhe. Der Roheisenausschuß des Eisenwirtschaftsbundes beschloß am 1. April eine Erhöhung von durchschnittlich 1300 bis 1800 Mark pro Tonne, je nach Art und Qualität, als Begründung wurde neben den erhöhten Kohlenpreisen und gestiegenen Frachten die schlechte Valuta angegeben, die den Bezug der ausländischen Erze gewaltig verteuert. Es ist klar, daß die sehr starken Erhöhungen der Preise gerade dieser beiden Rohstoffe, Kohle und Eisen, in den nächsten Wochen wesentliche Preiserhöhungen für alle industriellen Halb- und Fertigfabrikate verursachen werden, d. h. eine weitere Teuerungswelle. Die Kalipreise, die eben erst im Februar um 15 Prozent erhöht worden sind, haben eine neue Steigerung um 21 Prozent erfahren, was natürlich Ursache zu einer weiteren Steigerung der landwirtschaftlichen Preise sein wird, wobei aber beachtet werden muß, daß diese Preise für landwirtschaftliche Produkte längst bedeutend höher gestiegen sind, als das durch die Steigerung der Kalipreise zu rechtfertigen wäre. Mit diesen Rohstoffpreisen stiegen während des Monats März alle Groß- und Kleinhandelspreise. Die Großhandelsindexziffer, die im Februar 4103 betrug, stieg im März um 32,4 Prozent auf 5433.

Dabei haben jedoch die größte Steigerung nicht die eingeführten Auslandswaren, sondern die Inlandswaren, in erster Linie die Getreide- und Kartoffelpreise zu verzeichnen gehabt, die um 36 Prozent anstiegen sind. Die Getreidehausse hat während des ganzen Monats März angehalten, der Zentner Weizen, der Anfang März mit 610 bis

315 Mark bezahlt wurde, kostete Anfang April 842 bis 850 Mark, der Zentner Kartoffeln, der im Oktober noch 60 bis 80 Mark kostete, wird zurzeit mit 320 Mark und mehr in den Handel gebracht. In der Entwicklung der Kleinhandelspreise ist neben der Steigerung der Brot- und Mehlpreise eine besonders große Steigerung der Fleischpreise bemerkenswert. Das Kilogramm Rindfleisch, das im Januar um 2 bis 4 Mark, im Februar um 7 bis 12 Mark stieg, steigerte sich im März um weitere 12 bis 20 Mark, so daß Anfang April ein durchschnittlicher Preis pro Pfund Rindfleisch von 40 bis 50 Mark erreicht wurde.

Nach der „Frankfurter Zeitung" ist bei einzelnen Lebensmitteln vom 30. Juli 1921 bis 8. April 1922 folgende Preissteigerung festzustellen:

	Pfund in Mark Juli 1921	April 1922
Bohnen	1,40	5,10
Erbsen	2,30	8,—
Reis	3,40	10,20
Butter	27,50	78,—
Kaffee	19,—	76,—
Eier (Stück)	1,55	4,40
Kartoffeln	1,—	2,80
Salz	0,35	0,90
Kernseife	4,80	6,60
Petroleum (Liter)	4,60	12,—

Für die angegebene Zeit errechnet sich eine Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensmittel um das 2,5- bis 3,5fache.

Die amtliche Reichsindexziffer für den Monat März weist eine Höhe von 2302 gegen 1989 im Februar und 1640 im Januar auf. Es ist nicht abzusehen, wie diese gewaltige Teuerungsbewegung in den nächsten Wochen zum Stillstand kommen soll. Die schwebende Schuld des Reiches ist im Monat März allein um 10 Milliarden gestiegen, sie beträgt jetzt 271,9 Milliarden gegenüber 165,3 im April vorigen Jahres. Der deutsche Außenhandel weist zwar für Februar eine bemerkenswerte Steigerung der Ausfuhr von chemischen und mechanischen Fertigprodukten auf mit einem zahlenmäßigen Ueberschuß von 2,5 Milliarden. Aber diese etwa 40 Millionen Goldmark — wenn man einer Goldmark gleich 60 Papiermark zugrundeleat — stellen kaum die Hälfte der zehntägigen Goldmarkzahlungen dar, die im Februar an die Entente geleistet werden mußten. Dazu kommt, daß die letzte Antwort der Reparationskommission eine weitere Erleichterung unserer Zahlungsbilanz für das Jahr 1922 nicht erhoffen läßt, insofern nicht die Pläne der Mobilisierung der deutschen Reparationsschuld durch eine internationale Anleihe im Zusammenhang mit der Konferenz von Genua in absehbarer Zeit konkretere Gestalt gewinnen.

Unter solchem Beweismaterial sollte das Unternehmertum einsehen, daß es für die Arbeiter unmöglich ist, mit den bisherigen Löhnen auszukommen. Die Teuerung steigt rapid von Monat zu Monat. Solange dieser Prozeß fortschreitet, müssen auch die Löhne von Zeit zu Zeit eine Aufbesserung erfahren. Die physische Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft muß auf der Höhe gehalten werden. Die Hebung der Konsumkraft im Inlande ist zugleich das beste Gegenmittel, um bei einem eventuellen Nachlassen der Lieferungsmöglichkeit nach dem Auslande die Industrie vor der stärksten Erschütterung zu bewahren. Im übrigen, das lehrt die Entwicklung in Oesterreich, dürfte es noch gute Weile damit haben, daß sich die deutsche Valuta so weit bessert, daß der Anreiz für das Ausland in nächster Zeit entfallen würde, in Deutschland einzukaufen.

Reichsindex und tatsächliche Teuerung.

Herr Dr. Kuczynski, Herausgeber der „Finanzpolitischen Korrespondenz", vertritt als wirtschaftsstatistischer Fachmann den Standpunkt, daß die amtlichen Reichsindexziffern die tatsächliche Teuerung nicht erkennen, sie vielmehr niedriger erscheinen lassen. Dr. Kuczynski stützt sich dabei auf folgende Erwägungen: 1. Die von den Reichsindexziffern angenommene Normalration an Lebensmitteln enthält vorzugsweise solche Nährstoffe, die jeweilig verhältnismäßig billig sind, ohne Rücksicht darauf, ob diese Nahrungsmittel auch tatsächlich geeignet sind, in dem Ernährungssystem, wie es sich historisch entwickelt hat, die ihnen zugewiesene Rolle zu spielen. Zum Beispiel werden bei der außerordentlichen Verteuerung der Kartoffeln (um das 28fache!) weniger diese, als verhältnismäßig wohlfeile Nahrungsmittel, wie Haferflocken, berücksichtigt, die sich gegenüber dem Vorkriegspreis nur ums 28fache verteuert haben. 2. Nahrungsmittel werden immer in verschiedenen Qualitäten gehandelt. Vor dem Kriege wurden am meisten mittlere oder gute Qualitäten gekauft, heute aber am meisten die billigsten. Dadurch, daß man die heutigen Preise für die billigsten Qualitäten den Vorkriegspreisen für die mittleren und guten Qualitäten gegenüberstellt, erscheint die gegenwärtige Teuerung geringer, als sie in Wirklichkeit ist. 3. Die Berechnungen des Statistischen Reichsamtes erstrecken sich hauptsächlich auf Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung, lassen aber die Ausgaben für die außerordentlich teure Bekleidung, für Steuern usw. unberücksichtigt.

Die Reichsindexziffern sind, was immer unser Standpunkt gewesen, nicht der geeignetste Maßstab, daran die Berechtigung von Arbeiterlohnforderungen zu ermessen.

Bezirkskonferenz Bezirk VII (Dresden).

Die diesjährige Bezirkskonferenz fand am 15. und 16. April in Dresden statt. Vertreten waren aus 37 Zahlstellen 66 Kollegen und eine Kollegin. Der Bezirksleiter, Kollege Weise, gab in seinem Geschäftsbericht auf die industrielle Krise des Vorjahres ein, die gezeigt habe, daß die Unternehmer nach dem Grundsatz handeln, die Produktion einzustellen, sobald die Gewinnmöglichkeit geschwunden ist. Die darauffolgende gute Konjunktur hat den Unternehmern Riesengewinne gebracht, während das Lohneinkommen der Arbeiter immer erst einen Ausgleich erfahren hat, nachdem die fortschreitende Teuerung schon wochenlang ihre Wirkung ausübte. Im Handwerk ist es bergab gegangen. Man griff zur billigsten Arbeitskraft, dem Lehrling, so daß eine Lehrlingszüchterei im wahrsten Sinne des Wortes eingerissen ist, die ihresgleichen sucht. Diese Verhältnisse sind erschwerend für die Organisationsarbeit unter der Gehilfenschaft.

Die Anstellung des Hilfsbeamten sowie die Anstellung eines Beamten in Zwönitz-Lößnitz hat sich bewährt; es konnte dadurch den Anforderungen der Zahlstellen an die Bezirksleitung fast immer Genüge getan werden. Die Möglichkeit, der besseren Verwaltung halber mehrere Zahlstellen zusammenzulegen, muß erwogen werden. Schon bei einer Mitgliederzahl von 800 Beamte anzustellen, wird nicht gut angängig sein.

Die Bezirksleitung hatte eine außerordentlich umfangreiche Aufsichtstätigkeit zu bewältigen. Sie nahm in rund 600 Fällen an Verhandlungen und Beratungen teil. In 112 Fällen vertrat sie die Mitglieder vor Schlichtungsinstanzen. Auch der Postverkehr war sehr umfangreich. Im ganzen brachte der Bezirksleiter 419 Tage und 269 Nächte im Außendienste zu. Die Mitgliederzahl im Bezirk ist um 1372 auf 17 497 gestiegen.

Ueber die Tätigkeit im Bezirksbureau berichtete Schubert-Dresden. In den Monaten Juni/Juli wurde von der Bezirksleitung eine Statistik über die erzielten Verdienste aller über 21 Jahre alten Kollegen aufgenommen. In Bezug auf Einhaltung des Tarifmindestlohnes wurde dabei festgestellt, daß in den 26 erfaßten Orten durchschnittlich 9 Prozent Unterverdiener, die wiederum nur einen Durchschnittsstundenverdienst von 4.15 Mark erzielten, zu finden waren. Diese Tatsache läßt den Schluß zu, daß vielen unserer Kollegen der Tarifvertrag ein Buch mit sieben Siegeln gewesen ist, denn es ist doch nicht anzunehmen, daß unter 100 Arbeitern 9 minderleistungsfähige durchschnittlich zu finden sind. Es erweckt vielmehr den Anschein, als ob die Betriebsräte, die nach dem R. f. S. die Möglichkeit hatten, eine Revidierung der bestehenden Akkordsätze zu beantragen, wenn die tariflichen Mindestlöhne nicht erreicht wurden, bei der Feststellung, wer tatsächlich als minderleistungsfähig anzusehen ist, nicht mitgewirkt haben und es den Unternehmern allein überließen, diese Feststellungen zu treffen. Diesem Mißstand muß zukünftig dadurch abgeholfen werden, daß der Manteltarifvertrag mehr als bisher in den Mitgliederversammlungen besprochen wird, um so eine genaue Kenntnis seiner Bestimmungen zu erlangen. Im übrigen kann von gewichtigen Ueberverdiensten nicht gesprochen werden, liegt doch der von den Akkordarbeitern erzielte Ueberverdienst nur 9 Prozent über dem Mindestakkordlohn, während der Durchschnittsverdienst aller von der Statistik erfaßten Kollegen, einschließlich der Unterverdiener und Zeitlöhner, sogar noch 2 Prozent unter dem Mindestakkordlohn liegt.

Bezüglich der Lokalbeiträge muß es als Fehler angesehen werden, daß viele Zahlstellen glaubten, die früher erhobenen Lokalbeiträge fallen lassen zu können, weil ihnen 15 Prozent aus dem Erlös der verkauften Marken verblieben. Dieser Fehler rächte sich bald, indem eine immer fortschreitende Verringerung des Lokalkassenbestandes an jenen Orten zu verzeichnen war. Wohl ist der Lokalkassenbestand aller Lokalkassen des Bezirks von 89 000 Mark am Jahresschluß 1920 auf 291 000 Mark am Schlusse des Jahres 1921 angeschwollen; dieses günstige Resultat konnte aber nur erreicht werden, weil einige Zahlstellen bald zu einer Erhebung nennenswerter Lokalbeiträge kamen. Wir finden denn auch, daß fast die Hälfte des oben erwähnten Lokalkassenbestandes 1921 von drei Zahlstellen und zwar von Dresden mit 65 000 Mark, von Hartha mit 31 000 Mark und von Lößnitz-Zwönitz mit 30 000 Mark gestellt wird.

Es ist unumgänglich notwendig, die Zahlstellen darauf hinzuweisen, daß früher oder später auch in unserem Berufe einmal ernste Kämpfe nicht ausbleiben werden. Sollen diese Kämpfe nicht von vornherein als aussichtslos gelten, dann ist es Pflicht der Zahlstellen, die Vorbedingungen zur erfolgreichen Durchführung dieser eventuellen Kämpfe dadurch zu schaffen, daß rechtzeitig auch die Lokalmittel eine erhebliche Stärkung erfahren.

Für die Diskussion wurden folgende Anträge sogleich mit zur Debatte gestellt, die von den Antragstellern auch zugleich begründet wurden:

Antrag Waldheim: „Die Bezirkskonferenz wolle beschließen, eine Kommission zu wählen, welche die Verhältnisse der Zuschneider im Freistaat Sachsen zu regeln versucht."

Antrag Breslau: „Zur besseren Gewinnung und Aufklärung der Mitglieder ist der Bezirk Schlesien in seinem früheren Umfange wieder zu errichten und mit einem Bezirksleiter zu besetzen."

In der Debatte ergriffen eine ganze Reihe von Kollegen das Wort, wobei sich die aus den schlesischen Zahlstellen anwesenden Kollegen für ihren Antrag einsetzten. Auch die Schofarbeiterfrage und die Frage der Abhaltung be-

Die deutschen Gewerkschaften.

I.

Die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen.

Die gewerkschaftliche Arbeitnehmerbewegung in Deutschland war von Anfang an nicht einheitlich. Sie war von jeher nach bestimmten politischen und Weltanschauungen gruppiert und jede dieser Gruppen ist im Grunde auch von Vertretern bestimmter politischer Parteien aus der Taufe gehoben worden. Vor dem Kriege lag der Charakter dieser verschiedenen Gruppierungen ganz klar zutage. Die Arbeitergewerkschaften spalteten sich in der Hauptsache in drei Richtungen. Als stärkste dieser Richtungen traten die freien Gewerkschaften hervor, dann folgten die christlichen Gewerkschaften und schließlich die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine.

Die Angestelltengewerkschaften, die vor dem Kriege bestanden, neigten politisch ebenfalls mehr oder weniger irgendeiner Parteirichtung zu. Es gab freigewerkschaftliche Angestelltenorganisationen, es gab Organisationen, die den anderen Gewerkschaftsrichtungen zuneigten, schließlich Organisationen, die sich ausdrücklich und mit besonderer Betonung als „deutschnational" bezeichneten.

An der Gründung der

freien Gewerkschaften

waren hauptsächlich die Vorkämpfer der sozialdemokratischen Partei mitbeteiligt. Der Ursprung der Freien Gewerkschaften geht auf die 60er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Die freien Gewerkschaften sind jene Gruppe, die, weil sie auf den Boden des Klassenkampfes trat, von dem Unternehmertum, der Polizeigewalt und der Staatsgewalt aufs schärfste bekämpft und verfolgt worden ist. Nur neun Verbände überdauerten das von 1878 bis 1890 gegen die Arbeiterschaft angewendete Sozialistengesetz. Ungeheure Opfer und Mühen sowie großer Idealismus war damals notwendig, um die Organisationen aufzubauen und ihren Ideen zum Durchbruch zu verhelfen. Nach langen Bemühungen und schweren Kämpfen ist der Erfolg nicht ausgeblieben: Die freien Gewerkschaften stehen heute als die weitaus stärkste Gewerkschaftsgruppe voran. Die Gewerkschaften halten sich aus taktischen Gründen parteipolitisch neutral. Auf dem Boden des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit stehend, wurden seit Gründung aller Verbände alle wirtschaftlichen Kampfesmittel, die geboten erschienen, bei den Kämpfen gegen das Unternehmertum und die Reaktion angewandt. In der Erkenntnis, daß die Arbeiter aller Länder den gleichen Kampf gegen den Kapitalismus zu führen haben, sind die deutschen freien Gewerkschaften mit den gewerkschaftlichen Organisationen des Auslandes im Internationalen Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) verbunden.

Die

Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine

bilden heute die der Zahl nach schwächste Gewerkschaftsrichtung. Ihre Anfänge reichen fast in die gleiche Zeit zurück, wie die der freien Gewerkschaften. Gegründet wurde der Verband der Deutschen Gewerkvereine von Anhängern der damaligen Fortschrittspartei (Dr. Max Hirsch und Dr. Duncker). Man hat die Gewerkvereine viel mit der Bezeichnung Harmonieverbände belegt, weil sie den Klassenkampf ablehnten und den friedlichen Ausgleich zwischen Unternehmer und Arbeitern unter Ausschaltung von Kämpfen für möglich hielten. Parteipolitisch neutral ebenso religiös und rassenpolitisch, stand diese Richtung immer auf nationalem Boden. Von der internationalen Zusammenarbeit der Arbeitnehmer erhoffte sie keine Besserung ihrer Lage. Auch der wirtschaftliche Sozialismus wird von dieser Richtung abgelehnt.

Die

christlichen Gewerkschaften

wurden als Konkurrenzorganisationen erst gegründet ausgangs des vorigen Jahrhunderts, als die freien Gewerkschaften nach dem Fall des Sozialistengesetzes längst schon eine wesentliche Bedeutung erreicht hatten. Die christlichen Gewerkschaften betonen den konfessionellen Standpunkt. Sie verlangen von ihren Mitgliedern, daß sie einer der beiden christlichen Konfessionen angehören. Politisch angeblich neutral, ist ihre Gründung doch auf die Zentrumspartei zurückzuführen, weil diese Partei sich auch in katholischen Gegenden von dem Beitritt der Arbeiterwähler zu den freien Gewerkschaften bedroht sah. Eine internationale Verbindung mit ernsthaften Zielen hat diese Bewegung bisher nicht gesucht, im Gegenteil, auch die christlichen Gewerkschaften sind ausgesprochen national orientiert. Die heutige Wirtschaftsordnung wird von ihnen grundsätzlich anerkannt. Die christlichen Verbände haben seit ihrer Gründung stets die gemeinsamen Interessen der Unternehmer und der Arbeiter betont. Sie erklären: „Beide Teile beanspruchen mit Recht größtmöglichste Verzinsung ihres in der Erzeugung von Gütern enthaltenen Kapitals, der Unternehmer seines Kapitals und der Arbeiter seiner Arbeitskraft."

Neben den bisher aufgeführten drei Gewerkschaftsrichtungen besteht noch als sogenannter

selbständiger Verband

der „Deutsche Beamtenbund". Dieser umfaßt die Gruppe der öffentlichen Beamten. Seine Gründung erfolgte nach der Revolution am 4. Dezember 1918, nachdem schon während des Krieges eine „Interessengemeinschaft Deutscher Beamtenverbände" gebildet worden war. Der Beamtenbund bezeichnet sich als „Zusammenschluß der deutschen Beamten- und Lehrervereinigungen auf gewerkschaftlicher Grundlage zur Förderung der rechtlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Angelegenheiten der deutschen öffentlichen Beamten". Dem Bunde waren 1919 angeschlossen 52 Fachverbände mit 919 062 Mitgliedern. Seine größten Verbände sind die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten und die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter, letztere mit 200 000 Mitgliedern.

Außerhalb des Deutschen Beamtenbundes steht der „Reichsbund höherer Beamter", der rund 75 000 Mitglieder umfaßt, weiter der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften" (Mitgliederzahl 242 624), der mit den christlichen Gewerkschaften verbunden ist. Eine weitere kleine Beamtengruppe, der „Allgemeine Eisenbahner-Verband, mit 82 000 Mitgliedern, ist der Hirsch-Dunckerschen Richtung angegliedert. Schließlich ist in den freien Gewerkschaften und im ADA-Bund eine Gewerkschaftliche Beamtenzentrale zur gemeinsamen Vertretung allgemeiner Beamteninteressen gebildet worden für diejenigen Beamtengruppen, die in den freien Gewerkschaften organisiert sind. Unter den in dieser Beamtenzentrale zusammengefaßten Gruppen nimmt der „Deutsche Eisenbahnerverband" mit einer Mitgliederzahl von 420 000 die erste Stelle ein. — Neben den bisher aufgeführten großen Organisationsgruppen bestehen in Deutschland noch einige

kleinere Verbände,

die zum Teil schon vor dem Kriege bestanden haben, jedoch auch damals schon eine wesentliche Bedeutung nicht erlangen konnten. Als solche kommen in Betracht die „Freie Arbeiter-Union Deutschlands" (syndikalistisch), die „Allgemeine Arbeiterunion" (AAU.) und schließlich die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation). Diese 3 Unionen umfassen heute, soweit sich feststellen ließ, etwa 240 000 Mitglieder. Schließlich bestehen in Deutschland noch einige andere kleine selbständige Verbände, als deren größte die „Polnische Berufsvereinigung" mit etwa 60 000 Mitgliedern zu nennen ist.

Die als Gegengewicht gegen den Gewerkschaftsgedanken vor dem Kriege gebildeten wirtschaftsfriedlichen (gelben Gewerkschaften), die es trotz aller Unterstützung von Unternehmerseite niemals auf einen nennenswerten Mitgliederstand gebracht haben, waren zurzeit der Revolution so gut wie verschwunden. Inzwischen haben sich die Reste dieser Zwitterbildung doch wieder zusammengefunden. Der „Bund Deutscher Werkvereine" und der „Bund vaterländischer Arbeitervereine" ist eingegangen. Jetzt ist wieder von einer Neubildung die Rede, die sich „Nationalverband Deutscher Berufsverbände" nennt. Dieser Gruppe sollen außer einem „Reichslandarbeiterbund" und einem „Deutschen Arbeiterbund" noch ein Verband für Sparkassenangestellte und Werkmeister, dann ein Deutscher Guts- und Forstbeamtenbund und schließlich ein Reichsverband Deutscher Haus- und Privatlehrerinnen angehören. In eigentlichen Arbeiterkreisen wird diese Art Organisation mit ihren Ideen jedenfalls niemals Anklang finden können.

Die Zusammenfassung der Gewerkschaften.

Die denkwürdigen Novembertage des Jahres 1918 sind auch auf die Gewerkschaften nicht ohne Wirkung geblieben. Der Zug nach links brachte zunächst eine rapide Mitgliederzunahme mit sich. Aber auch sonst machte sich nach dem 9. November ein auffallender Wandel bemerkbar. Insbesondere die deutschnationalen, früher so prinzipialsfreundlich gesinnten Angestelltenverbände legten jetzt ein äußerst radikales Auftreten an den Tag. Diese früher ausgesprochenen Harmonieverbände sah man jetzt zur Anwendung des Streiks und der schärfsten Kampfesmittel sich bekennen. Große Angestelltengruppen zogen aber aus der Entwicklung die richtige Konsequenz und gingen in hellen Scharen zur freigewerkschaftlichen Organisation über. Den deutschnational und wirtschaftsfriedlich orientierten Angestelltenverbänden war diese Entwicklung unangenehm, woraus sich das soeben erwähnte radikale Auftreten erklärt. Diese Art Verbände hatten scheinbar nicht nur ihre monarchische Zipfelmütze abgelegt, sondern auch ihre wirtschaftsfriedliche Anschauung und den Standesdünkel in die Rumpelkammer gestellt, um sich der Raunenden Mitwelt als Kramme Gewerkschaftler zu zeigen. Die weitere Entwicklung aber zeigt, daß dieses äußerliche Zurschautragen einer anderen Auffassung nichts anderes als ein Täuschungsmanöver war. Ein Täuschungsmanöver jener Verbände nicht nur, um die bisherigen Schäflein zu halten, sondern auch noch manchen Unwissenden in ihre Garne zu ziehen.

Inzwischen haben sich die Dinge bereits geklärt. Es sind verschiedene zentrale Neubildungen und Zusammenfassungen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen unter großen Dachorganisationen entstanden, die offen die Einstellung nach politischen Anschauungen erkennen lassen.

Bei der erfolgten Umgruppierung haben sich diese neuen Zusammenfassungen aber zumeist neue Namensbezeichnungen gegeben. Die Vielgestaltigkeit in den Organisationen und die Aehnlichkeit vieler Verbandsnamen machen es jetzt oft selbst demjenigen, der eng mit der Gewerkschaftsbewegung verwachsen ist, schwer, sich zurechtzufinden. Nicht selten kommen mit Bezug auf die verschiedenen Verbände Verwechslungen vor. Niemand scheint sich auch der Unsitte der jetzt so beliebten Abkürzungen und Wortverstümmelungen entziehen zu können, wodurch dem Uneingeweihten die Orientierung noch mehr erschwert worden ist. Neben dem „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund" (ADGB.) und dem AfA-Bund ist heute von einem „Deutschen Gewerkschaftsbund, dem der „Gedag" angeschlossen ist, und von einem „Gewerkschaftsring", dem unter anderen der GdA. angehört, die Rede. Niemand wird in

sonderer Arbeiterinnenkonferenzen wurde angeschnitten. Einzelne Redner traten für besondere Zusammenkünfte der Zuschneider ein, deren Abhaltung sich bewährt habe. Andere Redner bemerkten jedoch hierzu, daß man sich bei solchen Konferenzen und dergleichen unbedingt im Rahmen der Gesamtorganisation zu halten habe. Konferenzen seien nötig; dies gelte auch insbesondere in bezug auf Abhaltung von Betriebsräte-konferenzen. Kollege Reiner-Breslau bemerkte, es wäre an der Zeit, den Vorstand zu beauftragen, sich für die Durchführung der zehn Punkte beim ADGB. einzusetzen. Unterkonferenzen müßten, wenn sie notwendig wären, abgehalten werden. Bei der Schuharbeiterbewegung in Schlesien habe die Bezirksleitung versagt. Wenn für die Anstellung zweier Betriebsrätesekretäre Mittel und Verständnis vorhanden seien, müßten auch Mittel und Verständnis für die notwendige Einrichtung eines selbständigen Bezirkes Schlesien vorhanden sein.

Bezirksleiter Kollege Weise äußerte sich in seinem Schlußwort wie folgt: „Die erste Vorbedingung für Schaffung eines selbständigen Bezirkes ist die vorhandene Mitgliederzahl und die zukünftige Entwicklungsmöglichkeit. In Schlesien sind sehr wenig Mitglieder vorhanden und die weitere Entwicklungsmöglichkeit fehlt vollkommen. Wenn Reiner meint, den schlesischen Kollegen könnte ein Bezirksleiter alle Arbeit mit den Unternehmern abnehmen, so ist diese Taktik zu verwerfen, weil sie alle persönliche Initiative dem Unternehmer gegenüber lahmlegt. Aus diesen Gründen kann dem Antrag Breslau nicht stattgegeben werden. Die Zuschneiderbewegung Sachsens und der damit in Zusammenhang zu bringende Antrag Waldheim ist ebenfalls zu verwerfen. Heute wird vielfach versucht, die ganze Bewegung als harmlos hinzustellen. Das sei sie aber nicht, wie die Vorkommnisse bewiesen hätten."

Die Abstimmung über die Anträge Breslau und Waldheim ergibt die Ablehnung des letzteren und die Annahme des ersteren.

Ueber den Reichstarif für die Schuhindustrie und die Frage des Landeslohntarifes für das Handwerk erstattete Kollege Weise ein eingehendes Referat. Bezüglich der Lohnregelung im Handwerk wurde von verschiedenen Rednern darauf verwiesen, daß die Organisation unbedingt Einfluß auf die Lehrlingshaltung sich verschaffen müsse. Ohne die Einschränkung der Lehrlingshaltung könne es keinen geordneten Lohn geben. Von den Gesellenausschüssen müsse mit zäher Energie versucht werden, Wandel zu schaffen. Die Lehrlinge selbst müssen an unsere Bewegung gefesselt werden. In den Fabriken müsse es Aufgabe der Kollegen selbst sein, der Akkordarbeit, die mit Mordarbeit bezeichnet wird, den Stachel zu nehmen. Wenn die Kollegen sich nicht entsprechend verhalten, machen sie die statutarische Bestimmung über Abschaffung der Akkordarbeit von selbst hinfällig. Die herausgegebenen Richtlinien über die Umrechnung der Akkordlöhne seien in der Praxis vielfach nicht zu gebrauchen.

Kollege Weise wünschte in seinem Schlußwort, die Plätze, welche die Akkordumrechnung schon vorgenommen hätten, möchten Errechnungsbeispiele an die Bezirksleitung einsenden, damit diese dann im Interesse der Plätze, wo die Umrechnung der Akkordsätze noch auf Widerstand stößt, verwendet werden könnten.

Nach Entgegennahme des Berichts über die Beiratssitzungen, den Kollege Jäkel erstattete, erfolgte die Wahl der Beirats- und Ersatzmitglieder. Gewählt wurden zu Mitgliedern des Beirats die Kollegen Ständer-Breslau und Legel-Waldheim, zu Ersatzmitgliedern die Kollegen Köhler-Leipzig und Jäkel-Dresden. Zum Bezirksleiter wurde Kollege Weise-Dresden einstimmig wiedergewählt.

Bezirkskonferenz vom Bezirk IV.

Das Bureau der am 2. April in Elberfeld stattgefundenen Bezirkskonferenz wurde gebildet aus dem Kollegen Kallinger als Vorsitzenden und den Kollegen Degenhardt-Remscheid und Reetz-Wermelskirchen als Schriftführern. In der Ergänzung seines gedruckt vorliegenden Geschäftsberichtes wies der Bezirksleiter Weber auf die Schwierigkeiten hin, zu einem einheitlichen Tarif für Schoßarbeiter zu gelangen. Auch beim Abschluß örtlicher Tarifverträge im Handwerk zeigen sich ganz erhebliche Schwierigkeiten. Dortmund hätte beim Abschluß des Tarifes auch die Bezirksleitung zuziehen sollen. Bezüglich der Kassenführung in den Zahlstellen muß auf absolute Pünktlichkeit und Exaktheit gesehen werden. Die Bezirksleitung war in der Berichtsperiode sehr stark in Anspruch genommen. An Posteingängen waren 1302, an Ausgängen 1294 zu verzeichnen. Streiks wurden im ganzen 9 geführt. Friedlich verlaufene Bewegungen kamen 43 vor, die in der Mehrzahl der Fälle zugunsten der Arbeiter erledigt werden konnten.

Den Bericht über die Beiratssitzungen erstattete Kollege Eisenberg, wobei er des näheren auf die Gründe einging, denen es zuzuschreiben ist, daß die Lohnverhandlungen immer mehr zugespitzt verlaufen. In der folgenden, sehr lebhaften Diskussion nahm die Kritik an den Zuständen in der Städtischen Schuhfabrik in Remscheid einen breiten Raum ein. Besonders wurde die Haltung des früheren Betriebsratsvorsitzenden Zulauf stark bemängelt. Zu der Sache gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Konferenz nimmt Kenntnis von den fortwährenden Differenzen in der städtischen Beschlanstalt Remscheid und stellt fest, daß diese angeführten Differenzfälle als einzig dastehend bezeichnet werden müssen und daß das Gebaren der Geschäftsleitung dem Verhalten des rückschrittlichsten Fabrikanten gleichkommt. Die Konferenz protestiert hiergegen mit aller Entschiedenheit und verlangt von unserer Organisation, die Kollegen in Remscheid tatkräftig zu unterstützen, um endlich geordnete Zustände zu schaffen."

Kollege Heldt-Dortmund verteidigte den Abschluß des dortigen Tarifvertrages, welcher sich inhaltlich gut jedem anderen an die Seite stellen könne. Kollege Reetz brachte einen Antrag an den Verbandstag ein, auf Einführung einheitlicher Kassabücher für die Ortskassierer.

Die Tariffrage für die Schoßarbeiter wurde einer besonderen Beratung überwiesen. Der Vertragsabschluß in der Schuhindustrie wurde vom Bezirksleiter Weber in eingehenden Darlegungen gewürdigt. Anträge zum Verbandstage kamen verschiedene zur Annahme.

Sodann sprach Kollege Kallinger an Stelle des verhinderten Kollegen Huth über das Thema: „Aus der Praxis der Betriebsräte". Seinen Ausführungen wurde mit Ausnahme einiger politischen Grundsätze zugestimmt. Es wurde hervorgehoben, daß auf die Ausbildung der Betriebsräte ein besonderer Wert zu legen ist. Zum Bezirksleiter wurde der Kollege Weber wiedergewählt. Zum Beirat erfolgte die Wiederwahl des Kollegen Eisenberg.

Tarif- und Schlichtungswesen.

Die Lohnvereinbarungen vom 1. Mai 1922.

Die Lohnvereinbarungen vom 1. Mai 1922 zum Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie haben folgenden Wortlaut:

Nachtrag vom 1. Mai 1922.

Zu dem
Zusatzvertrage zum Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie
vom 11. März 1922.

Von der mit oder nach dem 1. Mai 1922 beginnenden Lohnwoche ab wird auf die jeweiligen Wochenverdienste eine

Teuerungszulage von 25 Prozent
(fünfundzwanzig Prozent)

gewährt.

Hiervon abweichende Vereinbarungen sind unzulässig und nichtig.

Diese Vereinbarung gilt als Nachtrag zu dem Zusatzvertrage zum Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie vom 11. März 1922. Die von seiten der Arbeitnehmerorganisationen am 11. April 1922 erfolgte Kündigung des Zusatzvertrages vom 11. März 1922 ist hiermit aufgehoben; die Bestimmungen desselben bleiben in vollem Umfange aufrecht erhalten.

Frankfurt a. M., den 1. Mai 1922.

Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten E. V.
Gg. Blasse.
Deutscher Hausschuhfabrikantenverband E. V.
Dr. Schick.
Verband Deutscher Holzschuh- und Holzpantoffelfabriken E. V.
Dr. Schick.
Pfälzer Schuhfabrikanten-Verein E. V.
A. Schwab.
Pirminia Schuhfabrikanten-Verein E. V.
Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands
J. Simon.
Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands
Th. Riencker.
Gewerkverein der Schuh- und Lederarbeiter
W. Sturm.

Unter Einrechnung dieser prozentualen Zulage stellt sich der Mindestverdienst des zuunterst stehenden Zeitlohnarbeiters bei regelmäßiger Arbeitszeit pro Stunde wie folgt:

im Alter	Ortsklasse 1 ml.	Ortsklasse 1 wbl.	Ortsklasse 2 ml.	Ortsklasse 2 wbl.	Ortsklasse 3 ml.	Ortsklasse 3 wbl.	Ortsklasse 4 ml.	Ortsklasse 4 wbl.	Ortsklasse 5 ml.	Ortsklasse 5 wbl.
über 21 Jahre	20,—	15,—	19,20	14,40	18,40	13,80	17,60	13,20	16,80	12,60
v. 18—21 „	16,—	12,—	15,35	11,51	14,72	11,04	14,08	10,56	13,44	10,08
v. 16—18 „	12,—	9,—	11,53	8,39	11,04	8,29	10,56	7,93	10,08	7,56
v. 16—16 „	7,—	5,25	6,73	5,05	6,44	4,83	6,16	4,63	5,88	4,41
unter 15 „	5,—	3,75	4,80	3,60	4,60	3,45	4,40	3,30	4,20	3,15

Aus dieser Aufstellung ergeben sich für den untersten Zeitlohnarbeiter einschließlich der neuen Zulage folgende Wochenverdienste:

im Alter	Ortsklasse 1 ml.	Ortsklasse 1 wbl.	Ortsklasse 2 ml.	Ortsklasse 2 wbl.	Ortsklasse 3 ml.	Ortsklasse 3 wbl.	Ortsklasse 4 ml.	Ortsklasse 4 wbl.	Ortsklasse 5 ml.	Ortsklasse 5 wbl.
über 21 Jahre	940,—	705,—	902,40	676,80	864,80	648,60	827,20	620,40	789,60	592,20
v. 18—21 „	752,—	564,—	720,51	541,91	692,31	518,88	661,76	496,32	631,68	473,76
v. 16—18 „	564,—	423,—	541,91	394,33	518,88	389,61	496,32	372,71	473,76	355,32
v. 15—16 „	329,—	246,75	316,31	237,35	302,68	227,01	289,52	217,61	276,36	207,27
unter 15 „	235,—	176,25	225,60	169,20	216,20	162,15	206,80	155,10	197,40	148,05

Der zuunterst stehende Akkordarbeiter soll bekanntlich nach § 10 Abs. d des Statuts unter Bedingungen arbeiten, daß er 12,5 Prozent mehr verdienen kann als der zuunterst stehende Zeitlohnarbeiter. Zum Mindestwochenlohn im Zeitlohn 12,5 Prozent hinzugerechnet und zu dem Ergebnis die neue prozentuale Zulage zugeschlagen, ergibt folgende Tabelle:

im Alter	Ortsklasse 1 ml.	Ortsklasse 1 wbl.	Ortsklasse 2 ml.	Ortsklasse 2 wbl.	Ortsklasse 3 ml.	Ortsklasse 3 wbl.	Ortsklasse 4 ml.	Ortsklasse 4 wbl.	Ortsklasse 5 ml.	Ortsklasse 5 wbl.
über 21 Jahre	1057,50	796,13	1015,20	761,38	972,90	729,68	930,60	697,95	888,30	666,23
v. 18—21 „	846,—	634,50	812,29	609,22	778,59	583,61	744,48	558,36	710,51	532,88
v. 16—18 „	634,50	475,88	609,76	456,71	583,61	438,23	558,49	419,04	533,88	399,96
v. 15—16 „	370,13	277,60	355,59	267,03	340,39	255,13	325,94	244,55	310,66	233,21
unter 15 „	264,38	198,29	253,80	190,35	243,23	182,43	232,65	174,49	222,08	166,56

Die Einstellungslöhne für anzulernende Arbeiter stellen sich unter Einrechnung der prozentualen Zulage pro Stunde wie folgt:

im Alter	Ortsklasse 1 ml.	Ortsklasse 1 wbl.	Ortsklasse 2 ml.	Ortsklasse 2 wbl.	Ortsklasse 3 ml.	Ortsklasse 3 wbl.	Ortsklasse 4 ml.	Ortsklasse 4 wbl.	Ortsklasse 5 ml.	Ortsklasse 5 wbl.
über 21 Jahre	16,—	12,—	15,36	11,52	14,72	11,04	14,08	10,56	13,44	10,08
von 18—21 „	12,80	9,60	12,29	9,22	11,78	8,83	11,26	8,45	10,75	8,06
„ 16—18 „	9,60	7,20	9,22	6,91	8,83	6,62	8,45	6,34	8,06	6,05
„ 15—16 „	5,60	4,20	5,38	4,04	5,15	3,86	4,93	3,70	4,70	3,53
unter 15 „	4,—	3,—	3,84	2,88	3,68	2,76	3,52	2,64	3,36	2,52

Landestarifvertrag für die Provinz Sachsen.

Für die Provinz Sachsen wurde ein neuer Landestarifvertrag für das Schuhmacherhandwerk abgeschlossen, welcher ab 18. April 1922 in Kraft getreten ist. Es wurden 4 Ortsklassen mit je 2 Lohnklassen vereinbart. Die Klassifizierung der Arbeiter nach dem Alter in bezug auf Bezahlung der Lohnsätze ist durch diesen Vertrag beseitigt worden, so daß allen Arbeitern je nach Orts- und Lohnklasse einheitliche Stunden- bzw. Akkordlohnsätze bezahlt werden. Die neuen, bis mit 15. Juni 1922 festgesetzten Stundenlöhne betragen nach Orts- und Lohnklassen:

	Ab 18. April 1922: 1. Lohnklasse	Ab 18. April 1922: 2. Lohnklasse	Ab 1. Mai 1922: 1. Lohnklasse	Ab 1. Mai 1922: 2. Lohnklasse
Ortsklasse 1	13.50	12.—	14.50	13.—
„ 2	12.80	11.80	13.80	12.80
„ 3	12.10	10.60	13.10	11.60
„ 4	11.40	9.90	12.40	10.90

Arbeiterinnen erhalten 80 Prozent des für Arbeiter festgesetzten Mindeststundenlohnes.

Die Gestehungszeiten wurden aus dem alten Vertrag unabgeändert in den neuen Vertrag übernommen.

Für orthopädische Arbeiten wird ein Lohnzuschlag von 6 Prozent bezahlt.

Die Parteien haben gleichzeitig vereinbart, den neuen Vertrag beim Reichsarbeitsministerium einzureichen, um die allgemeine Verbindlichkeit desselben zu erreichen.

Aus unserem Berufe.

Aus dem Bereich der Schuh- und Lederfabrikation.

Eine neue Schuhfabrik-A.-G. ist in Berlin unter dem Namen Jacoby Schuhfabrik-A.-G. mit 1,5 Mill. Mark Aktienkapital gegründet worden. — In einer Abteilung der Schuhfabrik von Pigge & Marquardt in Hameln brach kürzlich auf unglaubliche Weise Feuer aus, welches durch die Feuerwehr auf seinen Herd beschränkt wurde. Der Hauptbetrieb ist in keiner Weise in Mitleidenschaft gezogen. — In Hamburg wurde die „Roland"-Schuhfabrik-A.-G. gegründet mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark. — Eine fette Dividende bewilligten sich die Aktionäre der Wandsbecker Lederfabrik-A.-G. Der Generalversammlung wurde von der Betriebsleitung die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent vorgeschlagen. Die Mehrheit der Aktionäre war aber der Ansicht, daß die Verwaltung ihre Vorsicht in der Bilanzierung zu weit getrieben habe. Mit 5466 gegen 3048 Stimmen wurde beschlossen, auf die Dividende von 25 Prozent bei der Gewinnverteilung noch einen Bonus von 50 Prozent daraufzuschlagen. Das nennt man ein lukratives Geschäft. Wie steht es mit der Bezahlung der Arbeiter? —

der Lage sein, aus diesen Bezeichnungen die frühere klare Benennung „freigewerkschaftliche", „christlich" oder „Hirsch-Dunckersche" Organisation wiederzuerkennen.

Zum Verständnis der Sache ist deshalb zunächst festzustellen, daß die Bezeichnungen

„Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund" (ADGB.)
„Deutscher Gewerkschaftsbund" und
„Gewerkschaftsring"

lediglich neue Benennungen der drei früheren Gewerkschaftsrichtungen darstellen. Es sind dies die heute gebräuchlichen Bezeichnungen der großen Dachorganisationen, unter welchen die Zusammenfassung aller Verbände der einzelnen Richtungen vor sich gegangen ist. Im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde haben die freien Gewerkschaften, im „Deutschen Gewerkschaftsbunde" die christlichen Gewerkschaften und im „Gewerkschaftsring" die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ihre oberste zentrale Zusammenfassung.

Die gleiche klare Scheidung, wie wir sie bei den Arbeitergewerkschaften schon vor dem Kriege hatten, ist nunmehr auch bei den Angestellten-Gewerkschaften eingetreten. Zwölf verschiedene Organisationen der Angestellten, Werkmeister, Techniker usw., die auf freigewerkschaftlichem Boden stehen, haben sich im AfA-Bund (Allgemeiner freier Angestellten-Bund) zusammengeschlossen, welcher Bund im engen Kartellverhältnis zu dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde steht.

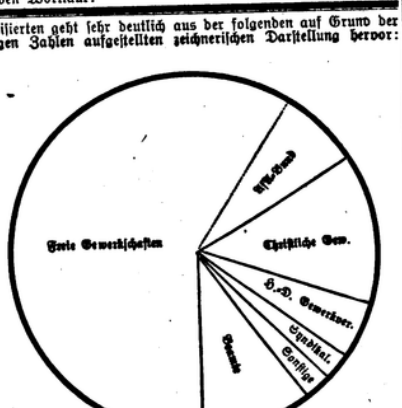
Im „Gedag" (Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften) haben sich 10 Angestelltenverbände vereinigt, die dem „Deutschen Gewerkschaftsbund" (christlich) als Gesamtkörperschaft angehören.

Schließlich hat sich außerdem aus sechs früheren Verbänden der Angestellten eine Einheitsorganisation gebildet, die den Namen „Gewerkschaftsbund der Angestelltenverbände" (GdA.) führt und die dem Gewerkschaftsring (Hirsch-Dunckersche Richtung angeschlossen ist.

In der großen Oeffentlichkeit wird mancher kleineren Organisationsgruppe, die es versteht, recht geräuschvoll aufzutreten, vielfach eine größere Bedeutung zugemessen, als ihr in Wirklichkeit zukommt. Eine genaue Betrachtung der wirklichen Mitgliederzahlen bestätigt diese Behauptung. Für das Jahr 1921 liegen bezüglich der Mitgliederstärke der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen noch keine erschöpfenden Angaben vor. Wir halten uns deshalb an die Mitgliederzahlen vom Schlusse des Jahres 1920, die in einer Arbeit des „Reichs-Arbeitsblattes" in Nr. 1, Jahrgang 1922, angegeben sind. Die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen wiesen demnach zu jenem Zeitpunkt folgende Mitgliederzahlen auf:

ADGB.	7 601 035
AfA-Bund	750 456
Christliche Gewerkschaften	1 733 320
Freiheitlich Nationale (Hirsch-Duncker)	657 998
Syndikalisten usw.	246 892
Konfessionelle	86 398
Wirtschaftsfriedliche	190 204
Selbständige (Beamten) Verbände	1 263 935
Zusammen	12 530 238

Von den 12 530 000 organisierten Arbeitern, Angestellten und öffentlichen Beamten entfallen über 10 740 000 oder 85,7 Prozent auf die drei großen Arbeitnehmerzentralen Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, verbunden mit dem AfA-Bund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring. Auf freigewerkschaftlichem Boden stehen 8 351 491 Arbeiter und Angestellte, das sind mehr als dreimal soviel Personen, wie bei den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen zusammengenommen. Das Uebergewicht der freigewerkschaftlich Organisierten geht sehr deutlich aus der folgenden auf Grund der obigen Zahlen aufgestellten zeichnerischen Darstellung hervor:



Es ist von gewissem Interesse, die Verteilung der Mitgliedersahl nach Arbeitern, Angestellten und Beamten gesondert zu betrachten.

Die Hirsch-Dunckersche (Freiheitlich-nationale) Gruppe setzt sich zusammen aus 225 998 Arbeitern, 350 000 Angestellten und 82 000 Beamten, die Arbeiter treten also hinter den Beamten zurück. Bei den Christlichen ist das Verhältnis: 1 027 497 Arbeiter, 463 199 Angestellte und 242 624 Beamte. Die syndikalistischen und verwandten Richtungen organisieren neben 240 661 Arbeitern noch 6231 Angestellte. Bei den Wirtschaftsfriedlichen finden wir neben 167 009 Arbeitern 18 433 Angestellte und 4762 Beamte. Bei den Konfessionellen gibt es nur 86 398 Arbeiter. Bei den selbständigen Organisationen sind neben 94 167 Angestellten noch 110 401 Arbeiter der großen Gruppe der Beamten zugeteilt.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung bildet im ganzen genommen ein Bild starker Konzentration. 12 530 238 Organisierte gibt es in Deutschland. Die weitaus stärkste Gruppe mit 8 351 491 Mitgliedern bilden die freigewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten. Ihr gebührt deshalb im öffentlichen Leben der Geneinwart auch die größte Beachtung. Für die Arbeiterschaft erwächst die Pflicht, nicht nur mit Stolz diesen Aufstieg zu bewundern, sondern ständig bemüht zu sein, der freien Gewerkschaftsbewegung immer neue Kämpfer zuzuführen. Der Einfluß der Gewerkschaften muß ein noch viel größerer werden. Auf die anderen Gewerkschaftsrichtungen ist sehr häufig kein Verlaß, das haben die Beratungen zur Schlichtungsordnung und zum Arbeitszeitgesetz erst letzthin erneut bewiesen. Große Organisationsgruppen arbeiten direkt dem Unternehmertum in die Hände. Deshalb muß die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft auf dem Posten sein. Sie darf nicht ruhen und rasten, bis der letzte Arbeiter über die Ziele der freien Gewerkschaften und über die wahren Absichten der gegnerischen Verbände unterrichtet ist.

In Barmen ist unter dem Namen Schuhfabrik Rheinland A.-G. die Fabrik der Firma Jakob Drobig in eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 2 100 000 Mk. umgewandelt worden.

Reichsarbeitsgemeinschaft der Lederwirtschaft.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Lederwirtschaft hat am 7. April getagt. Unter anderem wurde die Forderung auf Aufhebung der Ausfuhrabgaben erhoben durch Annahme der folgenden Resolution: „Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Lederwirtschaft stellt mit großer Besorgnis fest, daß der Export der Erzeugnisse der deutschen Lederwirtschaft seit Beginn des Jahres von Monat zu Monat, durch die verschiedenen Umstände begründet, im Abnehmen begriffen ist. Bei der Abhängigkeit der deutschen Lederwirtschaft beim Einkauf ihrer wichtigsten Rohstoffe vom Ausland müssen für diese neben hohen Frachtspesen Weltmarktpreise gezahlt werden. Die inländischen Gestehungskosten haben sich immer mehr den Weltmarktpreisen angeglichen. Da außerdem das Ausland durch Erhebung von hohen Zöllen die deutsche Konkurrenz von seinem Markte fernhalten will, erblickt die Reichsarbeitsgemeinschaft der Lederwirtschaft in der Erhebung einer Ausfuhrabgabe eine große Gefahr für die Exportfähigkeit der gesamten Lederwirtschaft. Die an der Reichsarbeitsgemeinschaft vereinigten Industriegruppen werden daher gebeten, sofort eingehende Kalkulationen über die Gestehungskosten im Vergleich zu den ausländischen Preisen aufzustellen und einer paritätisch zusammengesetzten Kommission zur Nachprüfung vorzulegen. Erbringen diese Aufstellungen den Nachweis, daß die deutsche Lederwirtschaft dem Ausland gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig ist, ist sofort durch die Außenhandelsstelle der Lederwirtschaft beim Reichsarbeitsministerium der eingehend begründete Antrag zu stellen, die Ausfuhrabgaben zu beseitigen."

Die gute Konjunktur in der Schuhindustrie

erhellt aus dem Anwachsen der Fabrikationsbetriebe und der Arbeiterzahlen in Pirmasens. Zurzeit sind etwa 340 Schuhfabriken mit über 15 600 Arbeitern hier vorhanden, darunter rund 7400 männliche und 4750 weibliche, sowie 3400 Heimarbeiter. Ausputzereien gab es ferner 39 mit 428 Arbeitern, Absatzfabriken 11 mit 166 Beschäftigten usw. Im Januar des vorigen Jahres waren nur 235 Schuhfabriken mit 12 216 Arbeitern in Tätigkeit, Ausputzereien 32 mit 295, Absatzfabriken 13 mit 87 Arbeitern. Die Schuhfabrikbetriebe nahmen innerhalb Jahresfrist um 104 mit 3393 Arbeitern zu.

Die Fabriken sind gut beschäftigt. In Erzeugerkreisen wundert man sich, daß der Bedarf für Schuhwerk trotz der erheblich gestiegenen Preise anhält. Für Boxkalf-Damenstiefel (schwarz) werden jetzt 420 bis 500 Mark (Fabrikationspreis) verlangt. Anfang Januar d. J. kostete derselbe Stiefel 260 bis 320 Mark. Schwarze Herrenstiefel, die am Jahresbeginn 310 bis 350 Mark kosteten, werden jetzt mit 460 bis 540 Mark abgegeben. Rindbox-Herrenstiefel kosten gegenwärtig 400 bis 470 Mark gegen 260 bis 310 Mark zum Jahresbeginn.

Aus den Zahlstellen und Bezirken.

Mülheim (Ruhr) Saarn. Achtung! Von einer hiesigen Fabrik wurden 30 Arbeiter wegen der Feier des 1. Mai ausgesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten, bis die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden hat.

Dresden. Am 28. April fand eine sehr gut besuchte Versammlung der Zuschneider statt, die sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Zuschneider beschäftigte. Einleitend wurde von Kollegen Klein auf die grundlegenden Bestimmungen des Reichstarifvertrages hingewiesen. Durch letzteren sei eine Uebertragung der Löhne sowie Leistungen des einen Betriebs auf den anderen unstatthaft. Die Verschiedenartigkeit der Betriebseinrichtungen bilden außerdem hiergegen ein unüberbrückbares Hindernis. Die Neufestsetzung der Akkordlöhne sei infolgedessen in letzter Linie Aufgabe des einzelnen Betriebes. Eine mechanische Anwendung der Lohnumrechnungsrichtlinien sei seitens der Organisationsleitungen nicht verlangt worden und müßte, da es zu großen Ungerechtigkeiten führen würde, zurückgewiesen werden. In der Debatte wurde mitgeteilt, daß bei den Firmen Dauch, Hensing und Müller & Sprung nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten, die Neufestsetzung der Akkordlöhne zur Zufriedenheit der Kollegen erledigt sei. Andere Betriebe, darunter die Firmen Treibmann & Söhne und Eberle, halten sich bei der Lohnumrechnung streng buchstäblich an die Richtlinien. Die Folge davon ist, daß Zuschneider, die bisher über dem Akkordmindestlohn, jetzt unter dem Zeitmindestlohn, verdienen. Eine scharfe Kritik, an der sich eine große Zahl Zuschneider beteiligten, wurde an den Verhältnissen geübt, die bei der Firma Hammer bestehen. In der Zuschneiderei dieser Firma haben sich in den letzten Jahren Zustände eingebürgert, die unter allen Umständen geändert werden müssen. In bezug auf die Lohnumrechnung bestehen zwischen der Firma und der Arbeiterschaft noch große Gegensätze. Die großen Leistungen einiger Arbeiter werden zum Nachteil der Arbeiterschaft von der Firma ausgenutzt. Den Zuschneidern der Firma Hammer wurde die uneingeschränkte Solidarität, auch zur Anwendung der letzten Mittel, zugesagt. Es wurde verlangt, daß Gesuche von Zuschneidern der Firma Hammer durch öffentliche Schilderung der bestehenden Verhältnisse beantwortet werden sollen. Das Prämiensystem, welches in zwei Betrieben besteht und sich auf einer rationellen Ausnutzung des Leders aufbaut, wurde besprochen. Das Prämiensystem, welches sich auf dem Quantum aufbaut und die Firma Knieling & Co. versucht, einzuführen, muß zurückgewiesen werden. Es wurde noch verlangt, daß alle drei Monate eine Zuschneiderversammlung stattfinden soll, und daß ein Bericht über die stattgehabte Versammlung im „Fachblatt" veröffentlicht wird.

Königsberg i. Pr. Aussperrung wegen der Maifeier! Bei der Firma „Ostdeutsche Schuhfabrik" bestanden schon länger wegen des schikanösen Verhaltens der Firma gegen die Arbeiter Differenzen. Den 1. Mai hat die Firma nun zur Gelegenheit genommen, die Arbeiter, die gefeiert haben, auszusperren. Die Arbeiterschaft läßt sich aber dadurch nicht einschüchtern, sondern sie hält fest zusammen. Die Firma hat erklärt, sie würde Arbeiter aus Pirmasens nach dort ziehen und die Ausgesperrten nicht mehr einstellen. Die Verbandsmitglieder allerorts werden deshalb hiermit gewarnt, nach Königsberg zu gehen, bis der Konflikt zugunsten der dortigen Kollegen beigelegen ist. Kollegen und Kolleginnen! Uebt Solidarität und Brüderlichkeit, um den Kollegen in Königsberg zum Siege zu verhelfen!

Dingolfing. Auch am hiesigen Platze sahen sich wegen der fortschreitenden Teuerung die Gehilfen genötigt, Anfang April mit Lohnforderungen an die Meister heranzutreten. Obwohl die Löhne sehr niedrig waren, spielten die Herren Meister sehr den Hartnäckigen. Mit dem Verbandsvorsitzenden aus Landshut mochten sie nichts zu tun haben. Zur Verhandlung war schließlich nur der Vorsitzende der Innung erschienen und man kam zu keinem Resultat. Den Gehilfen wird es niemand verdenken können, daß sie nun zum Streik griffen, denn die Situation vor Ostern war für sie günstig und sie mochten nicht die günstige Zeit verstreichen lassen. Es kam nun, nachdem am 10. April der Schlichtungsausschuß angerufen war, am 11. April zu Verhandlungen mit den Meistern, wobei das minimale Angebot der Meister von 7.50 Mark Stundenlohn vorläufig angenommen wurde, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die Meister auch den später erfolgenden Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses anerkennen, denn mit 7.50 Mark kann man nicht auskommen. Inzwischen ist dieser Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses gefällt worden. Die Meister sind danach gehalten, den Gehilfen noch drei Mark mehr pro Stunde zu bezahlen. — Die Kollegenschaft hat nun die Pflicht, einig und geschlossen zu sein, um das Errungene hochzuhalten. Nur Einigkeit macht stark.

Verbands-Nachrichten

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 7. Mai bis 13. Mai der 19. Wochenbeitrag fällig ist.

Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie.

Der neue Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie ist wieder in Heftform erschienen und können wir denselben zum Preise von 2 Mark einschließlich Porto an unsere Mitglieder abgeben. Wir erwarten, daß sämtliche Mitglieder unseres Verbandes, die unter diesen Tarifvertrag fallen, sich denselben anschaffen; denn es ist unbedingt notwendig, sich mit dem Inhalt des Vertrages gründlich vertraut zu machen. Bestellungen sind umgehend an den Vorstand einzusenden.

Brieftaschen.

Für die Brieftaschen mit vier Fächern und Schloß (Tresorstoff), die bisher das Stück zu 21 Mark an unsere Mitglieder verabfolgt wurden, stellt sich der Selbstkostenpreis nunmehr auf 25 Mark. Die schon empfohlenen Doppelbrieftaschen dagegen können wir noch um 4 Mark das Stück bis auf weiteres abgeben. Alle früher empfohlenen Taschen sind nicht mehr vorhanden.

Genehmigung von Extrabeiträgen.

Vom Zentralvorstand wurden gemäß § 6 Abs. 1 des Statuts folgende Extrabeiträge in der nachfolgend angegebenen Höhe genehmigt:

Zahlstelle:	Beginn	Wöchentl. Extrabeitrag in Pfennig				Gesamtbeitrag pro Woche in Mark			
		1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.
Bonn	28. Apr.	2.—	2.—	2.—	—	—	10.—	8.—	3.—
Dessau	1. April	1.—	1.—	1.—	1.—	11.—	9.—	7.—	4.—
Flensburg	1. „	1.—	1.—	1.—	—	11.—	9.—	7.—	3.—
Heidelberg	1. „	1.—	1.—	1.—	1.—	11.—	9.—	7.—	4.—
Hirschberg	1. Mai	0.50	0.50	0.50	0.50	10.50	8.50	6.50	3.50
Kempten	1. April	1.—	1.—	1.—	1.—	11.—	9.—	7.—	4.—
Köslin	1. Mai	1.—	1.—	1.—	—	11.—	9.—	7.—	3.—
Landshut i. Bay.	1. „	—	0.50	0.50	—	—	8.50	6.50	3.—
Lübeck	18. Apr.	2.—	2.—	2.—	—	12.—	10.—	8.—	3.—
Mügeln	1. „	1.—	1.—	1.—	1.—	11.—	9.—	6.50	4.—
Münster i. W.	1. „	0.50	0.50	0.50	0.50	10.50	8.50	6.50	3.50
Oederan	1. Mai	0.50	0.50	0.50	0.50	10.50	8.50	6.50	3.50
Pirmasens	1. „	1.50	1.50	1.50	1.50	11.50	9.50	7.50	4.50
Rheydt	1. April	1.—	1.—	0.50	—	11.—	9.—	6.50	3.—
Schweidnitz	1. Mai	0.75	0.75	0.75	0.75	10.75	8.75	6.75	3.75
Speyer	1. April	1.—	1.—	1.—	1.—	11.—	9.—	7.—	4.—
Spirkelbach	1. „	1.—	1.—	1.—	1.—	11.—	9.—	7.—	4.—

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des Paragraphen 8 Absatz a nach sich zieht.

Nürnberg, den 6. Mai 1922.

Der Vorstand.

Versammlungs-Kalender.

Mitgliederversammlungen im Mai (Nachtrag):

Barmen. Montag, 15. u. 29., abends 7 Uhr, bei Höhn.
Dortmund, Montag, 15., abends 8 Uhr, bei Behle, Beienstr. 25.
Halle, Montag 15., abends 7 Uhr, im „Wilsdorffs Gesellschaftshaus", Karlstraße 14.
Sagan, Mittwoch, 17., abends 8 Uhr, im Volkshaus, Tischertalerstr. 19.

Literarisches.

„Volkstümliche Einführung in das Marx-Studium". Von Paul Fischer. Durchgesehen und vervollständigt von Paul Kampffmeyer 1922. (Verlag J. H. W. Dietz Nachf. und Buchhandlung „Vorwärts", Berlin SW 68. Preis Mark 6.—) Das kommunistische Moskau überschüttet die Arbeiterwelt mit einem wahren Plakregen von Flugschriften, die die Lehren von Karl Marx behandeln. Diese Schrift von Paul Fischer behandelt Marx Lehren von dem entgegengesetzten Standpunkte aus und will eine Einführung in das tiefere Studium des „Kapital" bieten.

Ist mein Lohnsteuer-Abzug richtig? Ein kurzer Lohnsteuer-Ratgeber auf sechs Seiten. Preis Mark 2.—, im Parteibezug billiger. Verlag: Gustav Hönemann, Halle (Saale) Z.

„Kulturlehre des Sozialismus". Ideologische Betrachtungen von Gustav Radbruch. Berlin 1922. J. H. W. Dietz Nachf. und Buchhandlung „Vorwärts", Berlin SW. 68. Preis Mark 12.—. Genosse Radbruch will in seinen Ausführungen nichts Fertiges, nichts Abgeschlossenes über den neuen Kulturinhalt des Sozialismus vortragen. Er charakterisiert seine Ausführungen treffend selbst nur der Form nach als Antworten, der Absicht nach aber als Fragen an Mitdenkende, sie sollen zum Ausgangspunkt fruchtbarer Auseinandersetzungen dienen.

„Geschäftsführer für den Gewerbetreibenden." Von Walter Reinhart. Zweite Auflage, abgeschlossen nach dem Stande vom 1. Februar 1922. Adler-Verlag Meißen. Preis 39.— Mark. Der „Geschäftsführer" ist für den Geschäftsmann bestimmt und er geht vorzüglich auf alle Gebiete ein, die für den Geschäftsmann irgendwelche Bedeutung haben. Aber auch die Arbeiter, die sich für ihr späteres Fortkommen vorbilden wollen, oder die an der Praxis und der Organisation geschäftlicher Unternehmungen ein engeres Interesse haben (Betriebsräte und dergl.), können aus dem 446 Seiten starken Werke viel Wissen schöpfen. Aus dem reichen Inhalt seien hier nur folgende Abschnitte hervorgehoben: Einfache, Doppelte und Amerikanische Buchführung; das kaufmännische und gewerbliche Rechnen, die Prozentrechnung, die Zinsrechnung, die Berechnung der Selbstkosten (Produktionskalkulation), Geld-, Bank- und Börsenwesen, Versicherungswesen, Rechtskunde, Prozeßkunde, Gewerberecht, Handelsrecht, Betriebsrätegesetz, Steuerwesen.

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn nach dem Gesetz vom 11. Juli 1921 in der Fassung der Novelle vom 21. Dezember 1921 vom Geheimen Regierungsrat Karl Kuhn, Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, Mannheim, Berlin, Leipzig: J. Bensheimer. Mark 10.—. In der vorliegenden Schrift gibt einer der besten Kenner der Materie, Geheimrat Karl Kuhn, die für die Auslegung des schwierigen Gesetzes so notwendige klare Erläuterung.

Richtiges Deutsch. Eine Zeitschrift zur Pflege und Vertiefung der deutschen Sprache. Ein Berater für alle schwierigen Fragen der Grammatik und Rechtschreibung. Erscheint Mitte jeden Monats. Einzelnummer Mark 2.—; vierteljährlich Mark 4.50. Verlag: Süfferot G. m. b. H., Berlin C 2.

Urteilen Sie selbst!

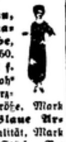
Meine Werkzeuge stellen in Qualität seit über 25 Jahren das Beste dar, was in diesen Artikeln existiert.
Werkzeuge und Brenngeräte für feinste Maßarbeit.
Spezial-Werkzeuge für Ballschuharbeit.
Spezialität: **Echt schwedische Messer** „Marke Haifisch" in allen Fassons.
Verlangen Sie heute noch neueste Preisliste über sämtliche Artikel, gratis und franko.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Lothringer Straße 83.

1 tüchtiger
Maschinenzwicker
sowie
1 tücht. Fräser
sofort gesucht
W. MAYER
Schuhfabrik
Kirchheim a. Neckar.

Facharbeiter
in Ausputzerei, 20jähr. Tätigkeit, hat an Glättmaschine sämtliche Maschinen schon bedient, garantiert für sauberen Ausputz, ist tüchtiger Organisator, sucht geeigneten Wirkungskreis. Suchender ist verheiratet. Gefällige Offerten unter Chiff. 600 an die Expedition ds. Bl.

Schuhmacherschürzen
(Kreuzband)


in grün und blau, erstklassig i. Qualität und Farbe, das Stück Mk. 60. **Arbeitsmäntel f. Zuschneider** in rohweiß und schwarzweiß meliert, je nach Größe, Mark 180 bis Mark 200. **Blaue Arbeitsanzüge,** prima Qualität, Mark 240 bis Mark 280 das Stück. Bei Bestellung von Mäntel und Arbeits-Anzüge bitte Brust- u. Halsweite angeb.

A. C. Volz, Stuttgart
Moltkestr. 77 — Telefon 2365.
Fabrikation von Berufskleidung.
Musterversand — Nachnahme.

Tücht.
Durchnäher
von süddeutscher Schuhfabrik
gesucht.
Angebote unter F. V. D. 931 an Rudolf Mosse, Frankfurt am Main.

Monopol-Schnittmuster-Serien
sind in Einzelteile gegliederte, satzweise auf Tafeln gedruckte Schaftmodelle, dazu bestimmt, dem Schuhmacher auf die billigste Weise Muster für alle Schuharten in die Hand zu geben. — 30 Tafeln enthalten 63 Schuhgattungen aller Größen und Ausführungen. Jede Tafel ist einzeln erhältlich. Fordern Sie Verzeichnis. Preis pro Tafel Mk. 6.—. Porto extra. Zu beziehen durch
Gebr. Kunze, Meißen i. S.

Geübten
Sohlenstanzer
suchen
H. W. Weiß, Schuhfabrik, Gonsenheim b. Mz.

Perfekte
Handzwicker
für Haus- und Spangenschuhe (Leder) stellen ein
Fiedler & Starke
Arnstadt i. Th.
Lohmühlenweg 13.

Treibriemen-Abfälle!
neue, f. Halbsohlen, Flecke u. dgl. per Pfund Mk. 18.—, Kernleder-Doppelsohlen, dasselbe Leder, Herren 15.—, Damen 12.— Mk. per Paar, offeriert gegen Nachnahme
E. Schirmer, Erfurt.

Tüchtiger
Schuhmachergehilfe
sucht sofort Stellung.
Anfragen unter Nr. 500 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zwei durchaus geübte
Stepperinnen
suchen Stellung. **Kirchheimbolanden oder Alzey** (Rheinhessen) **bevorzugt.** — Gefällige Offerten unter Chiffre 100 an die Expedition dieses Blattes.

Kaufe ständig
Restposten:
schwarze und farbige Oberleder, Schuhfutter, Oesen, Agraffen usw. für eigene Schäftefabrikation. Angebote mit event. kl. Mustern und bill. Preis erbeten.
L. Besenbruch,
Hannover-Linden, Weckenstr. 1.

Für erste Schuhmacherei in Hamburg wird
Zuschneider
(ledig) gesucht. Derselbe muß perfekt nach Leisten modellieren und Leder ausschneiden. Gefl. Angebote mit Gehaltsforderung und Angabe der bisherigen Tätigkeit an
J. H. Ch. Denker, Hamburg,
Neuerwall 46.

Univ.-Kitt kittet alles!
garantiert haltbar und wasserfest
für Leder, Gummi, Holz, Pappe, Kork, Segeltuch, Metall, Stein, Glas.
Kilo Mk. 30.— Probedose pro. Mk. 4.—.
Ludwig Thiele, Fabrikt., Mannheim.

Unliebsam verspätet!
*Unserem Kollegen **Louis Böttner** nebst seiner Frau zu ihrer am 3. Mai stattgefundenen silbernen Hochzeit die*
herzlichsten Glückwünsche!
Zahlstelle Königsee i. Thür.

Unliebsam verspätet!
*Unserm werten Kollegen **Wilhelm Petersen** und seiner lieben Braut unserer Kollegin **Erna Kermpel** zu ihrer am 28. April stattgefundenen Hochzeit die besten*
Glück- und Segenswünsche!
Die Zahlstelle Schneverdingen.

*Unserer lieben Kollegin **Rosa Wendling** nebst ihrem Bräutigam **Emil Brechtel** zu ihrem Hochzeitsfeste die*
herzlichsten Glückwünsche!
*Die Stepperinnen der Firma **J. Adolf** Zahlstelle **Pirmasens.***

*Unserm lieben Kollegen **Gustav Müller** (2. Baß)*
die herzlichsten Glückwünsche
zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum.
*Die Zuschneider der Firma **Reh & Praedel, Berlin-Pritz.***
Na, Gustav? Een' nehmer und dann gehn wir. Jawoll!

Nachruf.
Am 4. Mai ist unser treuer Kollege
Emil Bühler
im Alter von 49 Jahren nach kurzer Krankheit gestorben.
Sein Andenken wird in Ehren halten
die Zahlstelle Fahrnau.

Druck: „Sozialdemokrat" G. m. b. H. Nürnberg. Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (J. Simon) Nürnberg, Essenweinstraße 1